



30.06.2021

Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion und der Gruppe BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und DIE LINKE

**Antrag: Unterstützung bei der Wohnungsfindung für Wohnungslose in Notunterkünften und Geflüchteten in den Gemeinschaftsunterkünften**

Der Rat der Stadt Lehrte möge beschließen:

Es ist das erklärte Ziel des Rates, dass alle Menschen, die in Notunterkünften oder Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind, zeitnah in Wohnungen auf dem privaten Markt gebracht werden und somit die Aufenthaltsdauer in den Unterkünften gesenkt wird. Daher beschließt der Rat Folgendes:

1. Für die maximale Dauer der Unterbringung gelten folgende Richtwerte:
  - a. Familien: maximal 3 Monate
  - b. Frauen\*: 6 Monate
  - c. Einzelpersonen: 12 Monate
  
2. Um dieses Ziel zu erreichen, soll die Verwaltung eine Vorlage mit Beschlussempfehlungen erarbeiten, wie diese zu erreichen ist und welche finanziellen Mittel hierfür eingestellt werden müssen. Bei der Erstellung der Vorlage sollen folgenden Punkte miteinbezogen werden:
  - a. Es soll geprüft werden, ob und wie die bestehenden Hilfsangebote um ein aktives, aufsuchendes, eng begleitetes Auszugsmanagement für Wohnungslose in Notunterkünften der Stadt Lehrte erweitert werden können. Das Management soll hier vorrangig durch freie Träger\*innen oder andere Kooperationspartner\*innen gestellt werden.
  - b. Es soll geprüft werden, ob und wie die bestehenden Hilfsangebote durch freie Träger\*innen für die Wohnungssuche von Geflüchteten in Notunterkünften, so erweitert werden können, dass alle Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften aktiv und eng begleitet werden.

(Begründung erfolgt mündlich.)

SPD Fraktion  
Maren Thomschke  
und Hans-Jürgen Licht  
Fraktionsvorsitzende

Gruppe BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und DIE LINKE  
Ronald Schütz  
Gruppensprecher